Deutsches BiomasseForschungsZentrum German Biomass Research Centre



Bericht zur guten Unternehmensführung in Bundesunternehmungen

nach Public Corporate Governance Kodex des Bundes

2009

Ansprechpartner:

Deutsches BiomasseForschungsZentrum gemeinnützige GmbH

Torgauer Straße 116 04347 Leipzig

Tel.: +49-341-2434-112 Fax: +49-341-2434-133 E-Mail: info@dbfz.de Internet: www.dbfz.de

Daniel Mayer

Dipl.-Kfm. (FH), LL.M.

in der Funktion als administrativer Geschäftsführer

Tel.: +49-341-2434-112 E-Mail: <u>info@dbfz.de</u>

Erstelldatum: 04.06.2010



Inhalt

In	halt	, II
1	Berichtsgrundlage	3
2	Anteilseigner	4
3	Zusammenwirken von Geschäftsführung, Aufsichtsrat und Forschungsbeirat	5
4	Geschäftsführung	6
5	Aufsichtsrat	7
6	Transparenz und Prüfung	7
7	Berichtsvermerk	7



1 Berichtsgrundlage

Der Public Corporate Governance Kodex des Bundes enthält wesentliche Bestimmungen geltenden Rechts zur Leitung und Überwachung von Unternehmen, an denen die Bundesrepublik Deutschland beteiligt ist, sowie international und national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung.

Ziel ist es, die Unternehmensführung und -überwachung transparenter und nachvollziehbarer zu machen und die Rolle des Bundes als Anteilseigner klarer zu fassen. Zugleich soll das Bewusstsein für eine gute Corporate Governance erhöht werden.

Der Public Corporate Governance Kodex des Bundes richtet sich an Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des Privatrechts, sofern der Bund mehrheitlich an ihnen beteiligt ist.

Das Deutsche BiomasseForschungsZentrum gemeinnützige GmbH (DBFZ) ist eine solche juristische Person, deren einziger Gesellschafter die Bundesrepublik Deutschland ist, vertreten durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Es erfüllt somit die Voraussetzungen für die Anwendung des Public Corporate Governance Kodex unmittelbar. Zu den Zielsetzungen und Tätigkeiten des DBFZ wird auf den veröffentlichten Jahresbericht 2009 verwiesen.

Das DBFZ wurde am 28.02.2008 gegründet, so dass sich der vorliegende Bericht auf das erste ordentliche Geschäftsjahr bezieht.

Der Public Corporate Governance Kodex wurde durch Beschluss im Kabinett am 01.07.2009 verabschiedet und ist zur Anwendung zu bringen.

Das DBFZ erfüllt seine Verpflichtungen zur Anwendung mit dem vorliegenden Bericht, der öffentlich zugänglich über die Unternehmenshomepage einsehbar ist. Mit diesem Bericht erklärt das DBFZ zusammenfassend, dass den Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex für das Berichtsjahr 2009 entsprochen wurde. Einzelne Anpassungen an die betrieblichen Notwendigkeiten werden im Bericht erläutert.



2 Anteilseigner

Der Bund nimmt als Gesellschafter seine Rechte in Gesellschafterversammlungen wahr. Die Gesellschafterversammlung tagt mindestens einmal im Jahr, zusätzlich auf Verlangen der Geschäftsführung oder des Aufsichtsrates, und beschließt über die gesetzlich vorgeschriebenen Tatbestände.

Die Geschäftsführung legt den geprüften Jahresabschluss innerhalb der ersten fünf Monate des laufenden Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat vor. Dieser nimmt den Jahresabschluss zur Prüfung entgegen und empfiehlt an den Gesellschafter die Beschlussfassung zur Feststellung des Jahresabschlusses und zur Ergebnisverwendung.

Dem Gesellschafter obliegen ausschließlich Rechte zur Bestellung oder Abberufung der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates. Die Entlastung der Geschäftsführung wird nach Empfehlung durch den Aufsichtsrat durch den Gesellschafter beschlossen.

Die Bestellung des Wirtschaftsprüfers erfolgt durch den Gesellschafter jährlich einzeln, die Beauftragung wird durch die Geschäftsführung vorgenommen. Der Wirtschaftsprüfer wird zur Gewährleistung einer unabhängigen Prüfung spätestens nach fünf Jahren gewechselt.

Die Gesellschafterversammlung wird in der Regel von der Geschäftsführung unter Mitteilung der Gegenstände der Beschlussfassung und Übersendung der erforderlichen Unterlagen mit einer Frist von mindestens zwei Wochen einberufen und findet mindestens einmal im Jahr statt.

Der Gesellschafter hat zur Gründung des Unternehmens die Errichtung eines Aufsichts- und eines Forschungsbeirates beschlossen.



3 Zusammenwirken von Geschäftsführung, Aufsichtsrat und Forschungsbeirat

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen. Dies bedingt die Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse.

Die Geschäftsführung stimmt auf der Grundlage von Unternehmensgegenstand und Unternehmenszweck die strategische Ausrichtung des Unternehmens mit dem Aufsichtsrat ab.

Als Organ der Gesellschaft nimmt der Aufsichtsrat umfangreiche Überwachungsaufgaben gemäß Gesellschaftsvertrag wahr. Neben Informationsrechten nach § 90 AktG obliegen dem Aufsichtsrat umfangreiche Zustimmungsvorbehalte zu wesentlichen Geschäften und Befugnisse zur Steuerung der Geschäftsführung.

Der Aufsichtsrat beruft die Mitglieder des Forschungsbeirates und genehmigt dessen Geschäftsordnung.

Der Forschungsbeirat tagt einmal jährlich und berät die Gesellschaft zur mittel- und langfristigen Forschungsplanung. Er besteht aus höchstens 20 ordentlichen Mitgliedern, die als Vertreter der Wissenschaft ein besonderes Interesse an der Forschung im Bereich der energetischen Biomassenutzung haben und entsprechende Fachkompetenz einbringen können.

Das DBFZ stimmt zustimmungsbedürftige Geschäfte mit dem Aufsichtsrat zeitnah ab. In 2009 wurden insbesondere die Beschaffung der Investitionen und der IT mit dem Aufsichtsrat abgestimmt. Die gegenseitige Information und Abstimmung verlief in 2009 zügig und im Einklang mit dem Public Kodex. Die Geschäftsführung beriet alle Vorgänge von besonderer Bedeutung mit dem Aufsichtsrat.

Der Aufsichtsrat tagte 2009 dreimal ordentlich. Der Forschungsbeirat tagte ordnungsgemäß einmal gegen Ende des Jahres und beriet über die Forschungstätigkeit und -ausrichtung des DBFZ.



4 Geschäftsführung

Die Geschäftsführung des DBFZ besteht aus zwei Geschäftsführern, die gemeinschaftlich tätig sind. Der Umfang der Tätigkeit und Verantwortung werden vom Gesellschaftsvertrag und der Geschäftsführeranweisung, letztere verabschiedet durch den Aufsichtsrat, bestimmt. Für beide Geschäftsführer bestehen interne Vertretungsregelungen. Prokuristen oder Handlungsbevollmächtigte sind nicht bestellt.

Demnach sind für den wissenschaftlichen und administrativen Geschäftsführer getrennte Verantwortlichkeiten festgelegt. Beide erfüllen ihre Aufgaben und Pflichten entsprechend der gesetzlichen Vorschriften. Zudem gelten verschiedene Nebenbestimmungen über den Zuwendungsgeber, z.B. zur Korruptionsbekämpfung und zu investiven Tätigkeiten. Die Geschäftsführer werden für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren mit der Möglichkeit der Verlängerung bestellt. Die Regelaltersgrenze entspricht dem gesetzlichen Renteneintrittsalter.

Die Geschäftsführeranweisung definiert die internen Zuständigkeiten der Geschäftsführung und legt Berichtspflichten gegenüber dem Aufsichtsrat fest. Weiterhin sind die Willensbildung in der Geschäftsleitung und zustimmungsbedürftige Geschäfte geregelt. Sie unterliegt der regelmäßigen Anpassung an die Gegebenheiten des sich im Aufbau befindlichen DBFZ.

Die Geschäftsführung ist derzeit eingestuft als Arbeitnehmerbrutto B3 (wissenschaftlicher Geschäftsführer) bzw. E15 (administrativer Geschäftsführer). Die Anstellung erfolgt in Anlehnung an die Regelungen des öffentlichen Dienstes, Zulagen sind zustimmungspflichtig durch das Bundesministerium der Finanzen.

Die Prüfung der Angemessenheit der Gehälter obliegt dem Aufsichtsrat, der ggf. in Form einer Empfehlung an den Gesellschafter berichtet.

Die Geschäftsführer nehmen keine Nebentätigkeiten im Wettbewerbsfeld des DBFZ wahr.



5 Aufsichtsrat

Die Aufgabe des Aufsichtsrats liegt in der Beratung und Überwachung der Geschäftsführung. Gegenstand der Überwachung sind die Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und die Wirtschaftlichkeit der Geschäftsleitungsentscheidungen. Hierzu gehört insbesondere, ob und wie sich das DBFZ im Rahmen seiner satzungsmäßigen Aufgaben betätigt.

Der Aufsichtsrat hat mit seiner ersten Sitzung eine Geschäftsordnung festgelegt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates setzen sich im Berichtsjahr aus jeweils einem Vertreter des BMELV, des BMU, des BMBF, des BMVBS und des SMUL zusammen. Von diesen fünf Mitgliedern ist der Vertreter des BMELV Vorsitzender des Aufsichtsrates.

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates wird keine Vergütung oder Aufwandsentschädigung gezahlt. Reisekosten werden vom DBFZ übernommen.

Der Aufsichtsrat tagt gemäß Satzung mindestens zweimal jährlich, wobei die erste ordentliche Sitzung auch die Prüfung des Jahresabschlusses des Vorjahres beinhaltet. Die erste ordentliche Sitzung des Kalenderjahres findet daher in der Regel im Juni statt, nachdem die Geschäftsführung den Jahresabschluss gemäß Satzung bis zum 31. Mai in geprüfter Form vorlegt.

Über die Sitzungen des Aufsichtsrates werden Niederschriften angefertigt, von denen jedem Aufsichtsratsmitglied und dem DBFZ eine Abschrift ausgehändigt werden.

6 Transparenz und Prüfung

Das DBFZ unterliegt als GmbH dem privaten Recht. Der Jahresabschluss besteht in 2009 als mittelgroßes Unternehmen aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Lagebericht. Der Jahresabschluss wurde durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Gegenstand des Prüfungsauftrages ist neben der Feststellung des ordnungsgemäßen Jahresabschlusses auch die Einhaltung des § 53 HGrG und die entsprechende Beantwortung des Fragenkatalogs des Berufsstandes. Die Prüfungsberichte werden dem BMELV als zuständigem Ressort, dem BRH und den maßgeblichen Projektträgern zur Verfügung gestellt. Der öffentliche Teil des Jahresabschlusses ist als Anlage 1.1 bis 1.6 diesem Bericht angehängt.

Das DBFZ fertigt jährlich einen Jahresbericht an, der eine Übersicht über die Forschungstätigkeit im Berichtsjahr gibt. In diesem Bericht werden außerdem u. a. alle Vorträge, Veröffentlichungen oder Konferenzbeiträge gelistet. Der Bericht ist auf der Homepage öffentlich zugänglich.

7 Berichtsvermerk

Zusammenfassend stellt die Geschäftsführung des DBFZ fest, dass im Berichtsjahr dem Public Corporate Governance Kodex des Bundes in der Fassung vom 30.06.2009 entsprochen wurde.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009

Bilanz zum 31. Dezember 2009

PASSIVA

AKTIVA

	Euro	31.12.2009 Euro	Vorjahr Euro		Euro	31.12.2009 Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Gezeichnetes Kapital		25.000,00	25.000,0
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		139.478.51	37.200.51	II. Gewinnvortrag		1.494.384,63	0,0
II. Sachanlagen		139.470,31	37.200,31	III. Jahresüberschuss		16.666,56	1.494.384,6
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der				B. Sonderposten mit Rücklageantell		3.068.426,15	542.137,
Bauten auf fremden Grundstücken 2. technische Anlagen und Maschinen 3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung 4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.338.979,00 2.135.257,54 462.534,26 464.167,25	4.400.938,05	1.350.445,00 451.198,54 239.092,26 10.273,45 2.051.009,25	 C. Rückstellungen 1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen 2. Steuerrückstellungen 3. sonstige Rückstellungen 	6.811,00 44.574,00 <u>387.307,12</u>	438.692.12	5.862,0 40.327,3 209.854,7 256,044,0
III. Finanzanlagen				D. Verbindlichkeiten		1001072/12	20010-1-17
Rückdeckungsanspruch aus Lebensversicherungen		11.379,00	10.940,00	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	558,77		113,
B. Umlaufvermögen				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 558,77 (Euro 113,00)	•		
I. Vorräte				 erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 509.153,14 (Euro 421.724.27) 	509.153,14		421.724
unfertige Leistungen		462.412,45	258.211,59	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 235.091,42	235.091,42		65.700,
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				(Euro 65.700,04) 4. sonstige Verbindlichkeiten	2.326.885,66		313.954,
 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sonstige Vermögensgegenstände 	216.453,95 <u>718.752,57</u>	935.206,52	194.818,27 <u>246.950,23</u> 441.768,50	- davon aus Steuern Euro 91.104,26 (Euro 84.143,77) - davon im Rahmen der sozialen Sicherheit Euro 0,00 (Euro 80,00) - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 2,305,928,91		3.071.688,99	801.491,
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		2.139.986,16	313.406,05	(Euro 309.731,79)			
C. Rechnungsabgrenzungsposten		25.457,76	6.847,44	E. Rechnungsabgrenzungsposten		0,00	325,
		8.114.858,45	3.119.383,34			8.114.858,45	3.119.383,

<u>Gewinn- und Verlustrechnung</u> für die Zeit vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse		7.219.211,69	3.427.836,90
Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen		204.200,86	13.671,83-
3. sonstige betriebliche Erträge		558.039,54	429.300,70
 Materialaufwand a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe b) Aufwendungen für bezogene Leistungen 	228.595,38 1.737.598,52	1.966.193,90	99.318,39 <u>588.068,24</u> 687.386,63
Personalaufwanda) Löhne und Gehälter	3.738.248,52		1.793.629,87
 b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung 	806.710,19		<u>381.465,50</u>
- davon für Altersversorgung Euro 101.649,01 (Euro 38.017,22)		4.544.958,71	2.175.095,37
 Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen 		387.627,70	169.970,27
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		1.063.905,47	746.943,71
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		20.353,86	19.037,16
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		2.339,37	451,48
 Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstä- tigkeit 		36.780,80	82.655,47
11. außerordentliche Erträge		0,00	1.427.009,44
12. außerordentliches Ergebnis		0,00	1.427.009,44
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	18.703,61		14.318,78
14. sonstige Steuern	_1.410,63	20.114,24	<u>961,50</u> 15.280,28
15. Jahresüberschuss		16.666,56	1.494.384,63

<u>Anhang</u>

für das Geschäftsiahr vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009

Allgemeine Angaben

1.1 Gliederung

Die Gliederung von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den §§ 266 und 275 HGB, dem § 42 GmbHG sowie dem Gesellschaftsvertrag i.V.m. § 65 Abs. 1 Nr. 4 BHO.

In der Gewinn- und Verlustrechnung sind als Vorjahresbeträge die Daten für das Rumpfgeschäftsjahr 28. Februar 2008 bis 31. Dezember 2008 angegeben.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Nach § 267 HGB ist die Gesellschaft eine mittelgroße Kapitalgesellschaft. Die Rechtsfolgen, die aus dem Eintritt in diese Größenklasse resultieren, traten im abgelaufenen Geschäftsjahr gemäß § 267 Abs. 4 HGB noch nicht ein.

1.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die entgeltlich von Dritten erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten angesetzt. Diese werden, soweit die Vermögensgegenstände der Abnutzung unterliegen, um planmäßige Abschreibungen vermindert. Die Sachanlagen werden mit den um planmäßige lineare Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten bewertet. Die Nutzungsdauern sind in Anlehnung an die steuerlichen Tabellen angesetzt; die planmäßigen Abschreibungen erfolgen nach der linearen Methode.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis EUR 150,00 werden in voller Höhe entsprechend § 6 Abs. 2 S. 1 EStG als Betriebsausgaben abgesetzt. Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten/Herstellungskosten von EUR 150,00 bis EUR 1.000,00 werden gemäß § 6 Abs. 2a EStG

im Anschaffungsjahr aktiviert und über eine einheitliche Nutzungsdauer von 5 Jahren abgeschrieben.

Der Rückdeckungsanspruch aus Lebensversicherungen wurde mit dem Rückdeckungsanspruch bewertet.

Die Bewertung der unfertigen Leistungen erfolgte zu Herstellungskosten (Vollkosten) unter Beachtung der verlustfreien Bewertung.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die sonstigen Vermögensgegenstände, der Kassenbestand und die Bankguthaben sind mit den Nennwerten aktiviert. Einzelrisiken bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden durch Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Darüber hinaus wird das allgemeine Risiko durch eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 1 % berücksichtigt.

Das Stammkapital in Höhe von EUR 25.000,00 entspricht dem Gesellschaftsvertrag und der Handelsregistereintragung.

Unter dem Sonderposten mit Rücklagenanteil werden zur Verbesserung der Klarheit die erhaltenen Investitionszuschüsse, die den entsprechenden Aktivierungen im Anlagevermögen zuzurechnen sind, ausgewiesen. Die Auflösung dieses Postens erfolgt über die Abschreibungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände.

Die Rückstellungen sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme passiviert.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

1.3 Wichtige Geschäftsvorfälle

Mit Bescheid vom 17. März 2009 wurde dem DBFZ durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz für Maßnahmen im Rahmen des Investitions- und Tilgungsfonds Mittel i. H. v. TEUR 1.250 zugewiesen.

Mit Bescheid vom 23. April 2009 wurden dem DBFZ durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Bundesmittel i. H. v. TEUR 4.049 für den Zeitraum 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009 bewilligt. Die Mittel sind im Rahmen einer nicht rückzahlbaren Fehlbedarfsfinanzierung zur Deckung jener Ausgaben bestimmt, die dem DFBZ bei der Durchführung der Aufgaben It. Gesellschaftsvertrag erwachsen.

Mit Bescheid vom 3. August 2009 wurden dem DBFZ durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Ausgabenreste 2008 i. H. v. TEUR 1.250 aus Kapitel 1002 im Rahmen der institutionellen Förderung bewilligt.

2. Angaben zur Bilanz

2.1 Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist aus dem beigefügten Anlagenspiegel ersichtlich.

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

2.3. Sonderposten mit Rücklageanteil

Der Sonderposten mit Rücklageanteil entwickelte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr wie folgt:

	EUR
Stand 1. Januar 2009	542.137,77
Einstellung	2.839.834,50
Auflösung	313.546,12
Stand 31. Dezember 2009	3.068.426,15

2.4 Sonstige Rückstellungen

Unter dieser Bilanzposition sind u. a. Rückstellungen für ausstehende Rechnungen i. H. v. TEUR 49, Rückzahlung von Fördermitteln i. H. v. TEUR 175, für Personal i. H. v. TEUR 114 und für Abschlussund Prüfungskosten i. H. v. 45 ausgewiesen.

2.5 Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten in Höhe von TEUR 21 Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Alle anderen Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin in Höhe von TEUR 1.620 ausgewiesen.

3. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

3.1 Umsatzerlöse

In den Umsatzerlösen werden im Wesentlichen Erträge aus der Fehlbedarfsfinanzierung einschließlich den Ausgabenresten 2008 aus Kapitel 1002 der Gesellschafterin i. H. v. TEUR 2.193, Erträge aus Zuwendungen für die Durchführung verschiedener Forschungsprojekte i. H. v. TEUR 3.990 sowie Erlöse aus Forschungsaufträgen i. H. v. TEUR 1.007 ausgewiesen.

3.2 Sonstige betriebliche Erträge/Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten u.a. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklagenanteil i. H. v. TEUR 314, Zuwendungen für Baumaßnahmen aus Mitteln des Investitions- und Tilgungsfonds i. H. v. TEUR 57 sowie periodenfremde Erträge i. H. v. TEUR 1.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten u.a. periodenfremde Aufwendungen i. H. v. TEUR 1.

4. Haftungsverhältnisse

Die Gesellschaft ist keine Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB eingegangen.

5. Sonstige finanzielle Verpflichtungen/Sonstige Angaben

Wesentliche sonstige finanzielle Verpflichtungen, nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte und marktunübliche Geschäfte mit nahe stehenden Personen bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung lag ein Bescheid vom 11. März 2010 über Grunderwerbsteuer i. H. v. ca. TEUR 48 aus der Übernahme der Anteile der Institut für Energetik und Umwelt gemeinnützige GmbH bzw. aus der Verschmelzung mit dieser Gesellschaft vor. Dieser Bescheid fand im vorliegenden Jahresabschluss keine Berücksichtigung.

Das Honorar des Abschlussprüfers beträgt TEUR 11 netto.

6. Mitglieder des Geschäftsführungsorgans und des Aufsichtsrates sowie Arbeitnehmer

6.1 Geschäftsführer

Herr Prof. Dr. Ing. Martin Kaltschmitt

Frau Susanne Pälmke (1. Januar 2009 bis 7. April 2009) Herr Lothar Kraft (8. April 2009 bis 14.Juli 2009)

Herr Daniel Mayer (ab 15. Juli 2009)

An Bezügen hat die Geschäftsführung im Geschäftsjahr TEUR 163 erhalten.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009

6.2 Aufsichtsrat

Herr Dr. Günther Jikeli, Diplomchemiker - Vorsitzender - bis 30. Juni 2009

Herr Dr. Rainer Gießübel, Diplomagraringenieur - Vorsitzender - seit 1. Juli 2009

Herr Reinhard Kaiser, Diplommathematiker - stellv. Vorsitzender

Herr Dr. Bernd Rittmeier, Diplomsozialwirt

Frau Anita Domschke, Diplomagraringenieur

Herr RD Karl Wollin, Diplomingenieur

An den Aufsichtsrat wurden 2009 entsprechend des Gesellschaftervertrages keine Sitzungsgelder gezahlt.

6.3 Arbeitnehmer

Im abgelaufenen Geschäftsjahr waren durchschnittlich 113 Arbeitnehmer beschäftigt, welche sich auf die folgenden Gruppen verteilen:

94 Kfm. Angestellte/Wissenschaftliche Mitarbeiter

4 Handwerker/Servicekräfte

15 Hilfskräfte/Geringfügig Beschäftigte

Leipzig, 25. Mai 2010

Prof. Dr.-Ing. Martin Kaltschmitt
-wissenschaftlicher Geschäftsführer-

Daniel Mayer
-administrativer Geschäftsführer-

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009

Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2009

		Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten					Abschreibungen				Buchwerte	
		Stand				Stand	Stand			Stand	Stand	Stand
		01.01.2009	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2009	01.01.2009	Zugänge	Abgänge	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2008
		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
L	Immaterielle Vermögens-											
	ge genstände											
	Konzessionen, gewerbliche											
	Schutzrechte und ähnliche											
	Rechte und Werte sowie Li-											
	zenzen an solchen Rechten											
	und Werten	91.641,89	130.088,21	0,00	0,00	221.730,10	54.441,38	27.810,21	0,00	82.251,59	139.478,51	37.200,51
	Sac ha niag en											
	Grundstücke, grundstücks-											
٠.	gleiche Rechte und Bauten											
	einschließlich der Bauten	4.329.142,87	00,0	0,00	0,00	4.329.142,87	2.978.697,87	11.466,00	0,00	2.990.163,87	1.338.979,00	1.350.445,00
	auf fremden Grundstücken											
2.	technische Anlagen und											
	Maschinen	1.873.413,75	1.911.556,58	4.374,05	0,00	3.789.344,38	1.422.215,21	231.871,63	0,00	1.654.086,84	2.135.257,54	451.198,54
3.	andere Anlagen, Betriebs-											
	und Geschäftsausstatt ung	921 .21 8, 72	334.022,46	5.899,40	24.952,00	1.236.188,58	682.126,46	116.479,86	24.952,00	773.654,32	462.534,26	239.092,26
4.	geleistete Anzahlungen und											
	Anlagen im Bau	10.273,45	464.167,25	-10.273,45	0,00	464.167,25	0,00	0,00	0,00	0,00	464.167,25	10.273,45
	Summe Sachanlagen	7.134.048,79	2.709.746,29	0,00	24.952,00	9.818.843,08	5.083.039,54	359.817,49	24.952,00	5.417.905,03	4.400.938,05	2.051.009,25
	Finanza niag en											
•	Rückdeckungsansprüche											
	aus Lebensversicherungen	10.940.00	439,00	0,00	0,00	11.379,00	00,00	0,00	0,00	0,00	11.379.00	10.940,00
			.57,00	2,00	2,00	,,,,		5,00	5,00	2,00	, , , , ,	
	Summe Anlagevermögen	7.236.630,68	2.840.273,50	0,00	24.952,00	10.051.952,18	5.137.480,92	387.627,70	24.952,00	5.500.156,62	4.551.795,56	2.099.149,76

<u>Lagebericht</u>

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009

Das Deutsche BiomasseForschungsZentrum (DBFZ) wurde am 28. Februar 2008 als gemeinnützige GmbH gegründet. Es gehört der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV). Das DBFZ übernahm am 17. März 2008 das ehemalige Institut für Energetik und Umwelt gemeinnützige GmbH einschließlich der Liegenschaft.

Das DBFZ beschäftigt sich mit Energie aus Biomasse unter besonderer Berücksichtigung innovativer Techniken, der wirtschaftlichen Auswirkungen und der Umweltbelange. Im Rahmen anwendungsorientierter Grundlagenforschung setzt sich das DBFZ insbesondere mit den Fragen des technischen Fortschritts, der Potenzialanalyse und der nachhaltigen effizienten Energiebereitstellung durch Biomasse auseinander. Direkt nach der Gründung konnte aufbauend auf die vorhandenen Kenntnisse und übernommenen Drittmittelprojekte mit der wissenschaftlichen Arbeit begonnen werden.

Die Tätigkeit des DBFZ gliedert sich in folgende Fachbereiche:

- Bioenergiesysteme Analyse von Aspekten einer Energiegewinnung aus Biomasse im Energiesystem und Entwicklung nachhaltiger Bioenergiestrategien
- **Biogastechnologie** Verbesserung der technischen, wirtschaftlichen und ökologischen Effizienz der Biogasproduktion und -nutzung
- **Biomasseverbrennung** Energieeffiziente, ökologisch unbedenkliche und ökonomisch vorteilhafte Wärmebereitstellung aus biogenen Feststoffen
- Thermo-chemische Prozesstechnik Entwicklung und Weiterentwicklung thermo-chemischer Verfahren, Prozesse und Anlagen zur Umwandlung von Biomasse in Wärme oder Strom
- Biokraftstoffe Analyse und Bewertung der technisch-ökonomischen Umsetzbarkeit heutiger und zukünftiger Biokraftstoffe unter Berücksichtigung umweltrelevanter Aspekte
- Internationales Austausch von Know-How und Wissenschaftlern im Rahmen internationaler Projekte zur energetischen Nutzung von Biomasse unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs der Gesellschaft

1. Allgemeines

Gesellschafterin des DBFZ ist zu 100% die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz.

Die Gesellschaft kann im Rahmen ihrer Gemeinnützigkeit alle Geschäfte betreiben, die der Verwirklichung des Gegenstands der Gesellschaft gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages dienen.

Innerhalb der Branche der forschenden Institute privatrechtlicher Natur nimmt das DBFZ eine besondere Rolle ein. Insbesondere die Verknüpfung der wissenschaftlichen Fragestellungen mit der forschenden und produzierenden Industrie ist Aufgabe des DBFZ. Mit der privatrechtlichen Gesellschaftsform steht die wirtschaftliche Tätigkeit im Rahmen der Auftragsforschung zur Erwirtschaftlung von Drittmitteln dem zuwendungsfinanzierten Forschungsplan gleich.

2. Umsatz und Auftragsentwicklung

Im Berichtsgeschäftsjahr hat die Gesellschaft 149 Forschungsprojekte mit einem Auftragsvolumen von ca. EUR 5 Mio. bearbeitet. Hinzu kamen die Projekte des Arbeitsprogramms des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und die dafür von der Gesellschafterin gewährte Grundförderung im Rahmen einer Fehlebedarfsfinanzierung in Höhe von ca. EUR 2,2 Mio.

Die Auftragsentwicklung in 2009 lag deutlich über den nach Wirtschaftsplan vorgesehenen Umsätzen und führte zu einem entsprechenden personellen Aufwuchs der Gesellschaft in 2009.

3. Personal- und Sozialbereich

Die Mitarbeiterzahl ist im Berichtsjahr deutlich angewachsen und beträgt zum Abschluss des Geschäftsjahres 133 Mitarbeiter bei 115,4 Vollzeitäquivalenzen. Das DBFZ wendet den TVöD (Bund), Tarifgebiet Ost, an. Die Mitarbeiter werden gegenüber der Gesellschaft durch einen Be-

Lagebericht

triebsrat vertreten. Als Forschungsinstitut lebt das DBFZ vom Erhalt und der Entwicklung des Know-Hows. Die Mitarbeiter sind daher gehalten, sich um ständige Fortbildung zu bemühen. Das DBFZ fördert die Wissensgewinnung durch die Entsendung auf Seminare, Tagungen und langfristige Qualifizierungsmaßnahmen. Die Gründung verschiedener Arbeitsgruppen zum Wissensmanagement und fachbereichsübergreifender Zusammenarbeit wird durch die Geschäftsführung des DBFZ aktiv gefördert.

4. Investitionen

Die Investitionen betrugen im Berichtszeitraum insgesamt TEUR 2.840, davon in technische Anlagen und Maschinen TEUR 1.912, in die Betriebs- und Geschäftsausstattung TEUR 334 sowie in erste Anschaffungen für den Motorenprüfstand TEUR 398. Da sich das DBFZ weiterhin in der Aufbauphase befindet, werden die Investitionen in Klein- und Großanlagen in den kommenden Jahren weiterhin eine deutliche Rolle im Wirtschaftsplan spielen. Zudem waren im Berichtsjahr etliche Planungsvorgänge für umfassende Immobilieninvestitionen in den kommenden Jahren maßgeblich. Zum Jahresende wurde außerdem der Erwerb zweier angrenzender Flurstücke eingeleitet, um der Liegenschaft eine eigene Zufahrt von der angrenzenden Bundesstraße zu ermöglichen und notwendige Erweiterungsflächen für die kommenden Baumaßnahmen vorzuhalten.

Ab 2010 beginnen auf der Liegenschaft umfangreiche Sanierungs- und Neubaumaßnahmen, um dem Forschungsauftrag des DBFZ für die Zukunft die notwendigen Ressourcen bereit zu stellen.

II. Darstellung der Lage der Gesellschaft

1. Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt im Geschäftsjahr TEUR 8.115 und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr aufgrund der umfangreichen Investitionen mehr als verdoppelt. Die Eigenkapitalquote liegt bei ca. 57% bei einem Eigenkapital von TEUR 4.604.

2. Finanzlage

Für die Finanzierung der laufenden Geschäftstätigkeiten standen während des Berichtszeitraumes durch die Fehlbedarfsfinanzierung des Gesellschafters jederzeit ausreichend Mittel zur Verfügung.

3. Ertragslage

Das DBFZ erzielte im Geschäftsjahr Erträge in Höhe von TEUR 7.981. Die Personalaufwendungen betrugen TEUR 4.545, die Sachaufwendungen insgesamt TEUR 3.419 und das Finanzergebnis TEUR 18. Der Jahresabschluss weist für das Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss von TEUR 17 aus.

III. Hinweise auf die voraussichtliche Entwicklung

Die Entwicklung der Umsätze und Aufträge im Berichtsjahr hat aus Sicht der Geschäftsführung die Erwartungen erfüllt. Der Ausbau von Personal und Technik wird durch die bereits in der Planungsphase verzögerten Baumaßnahmen beeinträchtigt werden. Diese nicht durch das DBFZ verzögerte Bereitstellung der benötigten Ressourcen wird die Akquise von Projekten entsprechend einschränken.

Die Geschäftsführung erwartet für 2010 dennoch eine weitere Steigerung des Auftragsforschungsvolumens, verbunden mit einem leichten Umsatzwachstum. Aufgrund der meist mehrjährigen Projektlaufzeiten ist die Auftragslage für einen längeren Zeitraum stabil und liegt bereits zu Beginn des Geschäftsjahres in Höhe des Planvolumens für 2010 vor.

Durch die hohe Last an Ausgaben des Bundes, in Verbindung mit der Ausgabenminderungsabsicht des Bundesfinanzministers, ist die Entwicklung der öffentlich geförderten Forschungsprojekte nicht einschätzbar.

Der überproportionale Anstieg des Forschungsvolumens in 2009 konnte bislang nicht vollständig in der Personalgewinnung abgebildet werden, so dass in 2010 für die Bearbeitung des zu-

DBFZ Deutsches BiomasseForschungsZentrum gGmbH

Anlage 1.5 Blatt 5

Lagebericht

nehmenden Projektvolumens weiterhin der Mitarbeiterstamm ausgebaut werden wird.

Die Forschungsaufgabenstellungen sind in einem Forschungsrahmenplan definiert, der der ständigen Fortschreibung und Aufsicht des Aufsichtsrates und der Beratung des Forschungsbeirates unterliegt.

Die Gesellschaft ist und bleibt weiterhin im Rahmen einer institutionellen Förderung durch die Bundesrepublik Deutschland teilfinanziert.

IV. sonstige Angaben

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Geschäftsbedrohende Risiken sind nicht bekannt.

Prozesse oder Ankündigungen von Rechtsstreitigkeiten mit erheblichen Auswirkungen auf das Unternehmen sind nicht gegeben. Es gibt keinen Hinweis auf drohende Umweltschäden oder andere Problemsituationen mit Haftungsrisiken.

Leipzig, 25. Mai 2010

Prof. Dr.-Ing. Martin Kaltschmitt
-wissenschaftlicher Geschäftsführer-

Daniel Mayer -administrativer Geschäftsführer-

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der DBFZ Deutsches BiomasseForschungsZentrum gemeinnützige GmbH, Leipzig, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger

DBFZ Deutsches BiomasseForschungsZentrum gGmbH

Anlage 1.6

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009

Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Leipzig, 26. Mai 2010

Bernhard Decker Wirtschaftsprüfer